

RS Vwgh 1999/5/26 97/09/0339

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 26.05.1999

Index

40/01 Verwaltungsverfahren

60/04 Arbeitsrecht allgemein

62 Arbeitsmarktverwaltung

Norm

AuslBG §12a;

AVG §37;

AVG §39 Abs2;

AVG §45 Abs2;

AVG §58 Abs2;

BHZÜV 1995 §1 Z3 lit a;

Hinweis auf Stammrechtssatz

GRS wie VwGH E 1996/02/08 95/09/0295 2 (hier: Reisebüroangestellter)

Stammrechtssatz

Indem der Arbeitgeber iSd § 1 Z 3 lit a BHZÜV sowohl für die subjektive Komponente in bezug auf die besondere Qualifikation des Arbeitnehmers (hier: Teppichrestaurator) als auch für die objektive Komponente, nämlich das gesamtwirtschaftliche Interesse an der Einstellung des nach seinem Vorbringen qualifizierten Ausländers in der (erstmaligen) Aufnahme dieser Tätigkeit IN ÖSTERREICH, die bisher mangels qualifizierter inländischer Arbeitnehmer (nach seinen Behauptungen) nicht ausgeübt worden sei, Beweise angeboten hat, ist er der ihn treffenden Mitwirkungsverpflichtung hinreichend nachgekommen. Die belBeh ist daher verpflichtet, sich mit dem Vorbringen, usw zu beiden Tatbestandsvoraussetzungen nach § 1 Z 3 lit a BMZÜV auseinanderzusetzen.

Schlagworte

Begründungspflicht und Verfahren vor dem VwGH Begründungsmangel als wesentlicher Verfahrensmangel

European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:VWGH:1999:1997090339.X01

Im RIS seit

20.11.2000

Quelle: Verwaltungsgerichtshof VwGH, <http://www.vwgh.gv.at>

© 2026 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

www.jusline.at